



Berlin, den 29. Juni 2018

Solidarität mit den Beschäftigten der Supermarktkette real

Die 17 SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet sehen die Pläne der Metro-Tochter real, ihre Beschäftigten im Zuge einer Umstrukturierung mit deutlich schlechteren Arbeitsverträgen auszustatten, mit großer Besorgnis.

Für uns ist klar:

- Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten dieselbe Arbeit wie die schon länger im Betrieb Beschäftigten und verdienen daher die gleichen Gehälter und Arbeitsbedingungen.
- Verhandlungspartner der Arbeitgeber im Einzelhandel muss die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Verdi sein.
- Allgemein verbindliche Tarifverträge sind das wirksamste Mittel, um Lohndumping bei einzelnen Unternehmen zu unterbinden.
- Das unbefristete Arbeitsverhältnis muss wieder zur Regel werden in Deutschland, sachgrundlose Befristungen und Kettenverträge gehören abgeschafft.

Ausdrücklich solidarisieren wir uns mit den 34.000 Beschäftigten bei real in ihrem Kampf gegen die Tariffucht des Unternehmens.